

Verschärfung bei Frühpensionen ab '97

Kürzungen der Sozialleistungen liegen vor – Karenzurlaub: Keine Änderung?

VON JOHANNES HUBER

Wien (VN) Die vorgesehenen Streichungen bei den Sozialleistungen stehen seit dem gestrigen Abend auch im Detail fest: Im Vergleich zum Sparpaket, das vor einer Woche vorgelegt wurde, enthält es keine Überraschungen. Einzige Ausnahme ist die geplante de-facto-Kürzung der Karenzzeit; hier gab es noch keine Lösung.

Sie hätte nicht die erwarteten drei Mrd. S gebracht, erklärte Verhandlungspartner Gottfried Feurstein (ÖVP). Alle anderen Ziele seien aber erfüllt worden:

- Pensionen: Ab 1. Jänner 1997 wird es schwieriger sein, in Frühpension zu gehen. Die Zahl der notwendigen Versicherungsmonate wird von diesem Zeitpunkt weg bis zum Jahr 2001 auf 450 erhöht. Außerdem wird es verstärkt spürbar sein, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Die Regierung erwartet sich 1,9 Mrd. S. Etwa 700 Mill. S sollen durch den Nachkauf von Versicherungsmonaten (vor allem durch Akademiker) zusammenkommen.

- Arbeitslose: Berechnungsgrundlage wird nicht mehr das

Durchschnittsgehalt der letzten sechs Monate vor Antritt, sondern jenes des letzten Kalenderjahres sein; damit soll eine Mrd. S eingespart werden. Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht künftig erst nach 28 Wochen Arbeitszeit (bisher 26). Wer außerdem selbst kündigt, wird während der ersten sechs Wochen kein Geld mehr bekommen. Massiv soll Schwarzarbeit bekämpft werden: Dem „Arbeitnehmer“ wird zur Strafe acht Wochen lang der Geldhahn zugedreht, der Arbeitgeber muß die Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen. Durch diese Verschärfungen soll der Bundeshaushalt um 5,3 Mrd. S entlastet werden.

- Pflegegeld: Ab dem zweiten Tag Spitalsaufenthalt fällt die Förderung aus.

Bisher geltende Steuerbegünstigungen werden gestrichen. Außerdem wird das Pflegegeld nur noch ab dem Zeitpunkt der Antragstellung gewährt und nicht mehr rückwirkend. Das alles soll 1,9 Mrd. S bringen. Sozialminister Franz Hums wird dieses Paket heute nachmittag der Spitzengruppe in den Koalitionsverhandlungen vorlegen. Dort soll auch beraten werden, was mit dem Karenzurlaub geschehen soll.